



# Gerade jetzt: Nato auflösen

*Der „NATO-Sieg“ konnte weite Teile der österreichischen Bevölkerung nicht überzeugen: 71 Prozent – mehr als je zuvor – lehnen den Beitritt zu einem Militärbündnis ab. Doch während sich Österreich offiziell neutral gibt, diktiert die NATO als neuer und einziger Welpolizist die Spielregeln. Die Bundesregierung stimmt allem zu. Die Rolle der Neutralen wird „neu definiert“. Konkret bedeutet das, daß auch Österreich ein Kontingent von 450 Mann entsenden wird, um die Umwandlung des Kosovo/o in eine NATO-Kolonie mitabzusichern.*

von John Evers  
SOV Wien-Mitte

Die Bilanz der NATO ist katastrophal: Die konservative Neue Zürcher Zeitung schreibt angesichts des „Friedens“, daß das erklärte NATO-Ziel, die „Verteidigungsstrategie“ Milosevics zu stoppen, „klar verfehlt wurde“. In den Monaten April, Mai und Juni sind 860.000 Menschen aus dem Kosovo/o geflohen. Bis zu 2.000 durch Bomben getötete Zivilisten (SerbInnen und AlbanerInnen), rund 6.000 tote jugoslawische Soldaten, ca. 200 zerstörte Fabriken und eine lahmgelegte Infrastruktur sind Folgen der Luftschläge. Der Bombenterror gegen die Zivilbevölkerung bedeutet neben einem Sachschaden von 1.500 bis 2.000 Milliarden Schilling auch eine Umwelt-Katastrophe: Bei Novi Sad flossen nach NATO-Treffern - aus einer Raffinerie hunderttausende Liter Öl in die Donau. Chlor- und Ammoniak-Tanks wurden ebenfalls getroffen. Die „Ärzte gegen den Atomkrieg“ warnen vor den Folgen, die nach dem Einsatz von durch Uran gehäuter NATO-Munition drohen. Das „befreite“ Kosovo/o könnte für Jahrzehnte radioaktiv verseucht sein.

## Worum geht es der NATO?

Der Friedenspakt der „großen Acht“ – also der führenden westlichen Mächte und Rußlands – spricht einige NATO-Kriegsziele für den Balkan klar aus: Freie Marktwirtschaft, starke Kapitalmärkte und forcierte Privatisierungen. Daß Rußland diese Erklärung mitunterzeichnet hat, beweist, daß der russische Imperialismus im Grunde dasselbe Spiel wie der Westen betreibt. Unterschiedlich sind lediglich die Machtansprüche und Bündnispartner

am Balkan. Doch die ökonomischen Interessen der Rüstungsindustrie und der westlichen Firmen, die am Krieg und am „Wiederaufbau“ verdienen, sind nicht der alleinige und entscheidende Hintergrund.

## Weltpolizei

Die 300 Milliarden Dollar teure NATO-Intervention spiegelt vor allem das Interesse des westlichen Im-

gesteigert wurde etc. spielt dabei keine Rolle: „Die NATO hat den Krieg gewonnen. Die Westallianz blieb fest und geschlossen“, so profil. „Manche Probleme können nur durch (NATO) Bomben gelöst werden“ (Der Standard).

## Kolonialherren

Tatsächlich ist dieser „Sieg“ nur ein Teilsieg: Die militärische Kolonialisierung ganz Jugoslawiens – wie ursprünglich der Zusatz zum Vertrag von Rambouillet vorsah – findet nicht statt. „Nur“ das Kosovo/o wird Protektorat. Vom Selbstbestimmungsrecht ist weiterhin keine Rede. Schon während des Krieges zeigten sich deutliche Risse im Bündnis. Während die angelsächsische Achse aus Briten und Amerikanern auf

und albanischen „Warlords“, die „ethnische Säuberung“ weiter vertiefen und vollenden. In Bosnien ist das bereits geschehen. Der „NATO-Frieden“ im Kosovo/o bedeutet neue Tote, Vertreibungen und weiter Krieg.

## Österreich steckt mittendrin!

Die politische Unterstützung für die NATO-Schläge im Rahmen der EU, der sogenannte humanitäre Einsatz des Bundesheeres auf Seiten der NATO und die militärische Beteiligung an den KFOR – Truppen machen Österreichs Anspruch „mitzumischen“ deutlich. Es geht dabei nicht nur um die Wahrung „historischer“ und ökonomischer Interessen am Balkan. Obwohl diese allein schon wegen der geographischen Nähe zur Region für das österreichische Kapital gegeben sind. Österreichs Regierende wollen im internationalen Machtpoker auch ein klein wenig mitspielen und ihre Unentbehrlichkeit unter Beweis stellen. Das Bekenntnis zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – wie im Amsterdamer-Vertrag der EU endgültig festgelegt – ist der einzige Konsens quer durch alle Lager von FPÖ bis Grüne. Damit unterschreiben auch SPÖ und Grüne die prinzipiellen strategischen Ziele des europäischen Kapitals. Auslegungsunterschiede zwischen den Parlamenten bestehen lediglich in der Frage, in welcher Form sich Österreich an deren Umsetzung beteiligen soll: Durch die direkte Beteiligung an Kampfeinsätzen im Rahmen der NATO. Oder durch gewisse „Abschlagszahlungen“ und ebenfalls kostspielige „humanitäre“ Einsätze.

## Für eine echte Strategie gegen Militarismus und Krieg

Das passive Pochen auf die längst ausgeschölte Neutralität, wie Grüne und KPÖ dies tun, ist keine Frie-

densstrategie. Das Pochen auf das Völkerrecht hat noch nie Kriege verhindert und wird das nach diesem Krieg noch weniger tun. Krieg und Aufrüstung können nur bekämpft werden, indem der internationalen Strategie der NATO eine ebenso internationale Gegenstrategie von unten entgegengestellt wird. In den letzten Jahren gab es in vielen Ländern Bewegungen gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Offensive. Die meisten dieser Bewegungen hatten ein entscheidendes Manko. Sie blieben auf den Rahmen des jeweiligen Landes

beschränkt. Der Kampf gegen Militarismus duldet eine solche Beschränkung am allerwenigsten. Die SOV versucht mit ihren Schwesterorganisationen, in über 35 Ländern, aktiv an einer internationalistischen Alternative gegen NATO und Imperialismus mitzuarbeiten.

## Inhalt:

**Seite 2:**  
**EU-Wahlen**

**Seite 3:**  
**Nein zu Arbeitslosigkeit und Nato**

**Mittelseite: Afrika**

**Seite 6:**  
**Neue Technologie**

**Seite 7:**  
**Die Linke in Europa**

**Seite 8:**  
**FPÖ am Ende?**



Nato-Soldaten bringen weiter Krieg und Vertreibung im Kosovo/o

perialismus an Stabilität und Kontrolle am Balkan wider. Eine Stabilität, die aus Sicht des Westens erst durch den BürgerInnenkrieg der letzten zwei Jahre – und nicht durch die Menschenrechtsverletzungen, die seit zehn Jahren im Kosovo/o stattfinden, gefährdet schien. Dazu kommt der Anspruch der NATO als einziges „Instrument der Sicherheit gegenüber Aggressoren“ zu fungieren. Künftig soll allen klar sein: Die NATO hat die Allmacht, jede/n niederzubomben, die/der sich ihren Vorschlägen widersetzt. Ob Milosevic weiter im Amt bleibt, das Leid der Zivilbevölkerung ins Unermeßliche

„Bomben bis zum Schluß“ bestand, waren andere NATO-Mitglieder für das Aussetzen der Angriffe und einen Kompromiß mit Rußland. Die geplante Aufteilung des Kosovo/o in verschiedene Einflußsphären und die russische Präsenz verdeutlichen aber auch künftige Bruchlinien innerhalb der NATO und zwischen NATO und dem russischen Imperialismus. Die neuen Kolonialmächte im Kosovo/o – allen voran USA, Britannien, Deutschland, Italien, Frankreich und schließlich Rußland – erwartet eine Zone der Instabilität. Die neuen Herren werden in wechselnden Bündnissen mit verschiedenen serbischen



## Der Standpunkt

**New Labour – voller Bauchfleck!**

Die Konservativen Europas triumphieren: Die „internationale“ Sozialdemokratie erlitt am 13. Juni eine schwere Niederlage. Wurden wir – wie etwa Karas, Schlüssel & Co. meinten – Zeugen des „Roll back“ gegen das „rote“ Europa – also einer Gegenbewegung zur Regierungsübernahme der sozialdemokratischen Parteien in allen wichtigen EU-Staaten?



von John Evers

**Wo und wie hat das „rote Europa“ verloren?**

Bemerkenswert ist zunächst, „wo“ die Sozialdemokratie vor allem verlor: In Britannien, dem „Mutterland“ von New Labour, halbierte sie sich, Schröders „Neue Mitte“ verlor in Deutschland, gemessen an der Bundestagswahl, fast überall zweistellige Prozentpunkte. Unter den deutschen EUParlamentarierInnen verfügen CDU/CSU jetzt, nur acht Monate nach der historischen Abwahl Kohls, über eine absolute Mehrheit!

Noch bemerkenswerter ist allerdings, wie Blair und Schröder verloren haben: In den Wahlkreisen, die traditionell von den Konservativen dominiert werden, lag die Wahlbeteiligung um durchschnittlich 10 Prozent höher als in jenen von New Labour. Ähnliches gilt für Deutschland: „Wir konnten nicht einmal unsere Stammwähler mobilisieren“, meinte der SPD-Bundesgeschäftsführer. Es fragt sich bloß, welche StammwählerInnen hier noch gemeint sind. Die RentnerInnen, denen Finanzminister Eichel (SPD) gerade das Einfrieren ihrer Bezüge angekündigt hat? Die Arbeitslosen und Krankenversicherten, denen ein rigoroser Sparkurs „versprochen“ wird? Die jungen Menschen, die sich den Ausstieg aus der Atomenergie erhofften und statt dessen mit „Ökosteuern“ – im Gegensatz zu den großen Unternehmen – bestraft werden?

**Like a candle in the wind**

Das EU-Wahlergebnis in Britannien und Deutschland ist aber nicht nur eine Quittung für die neoliberale Politik von Blair und Schröder. Es ist ein Beweis für den endgültig gewandelten Charakter der Sozialdemokratie: Die organisatorischen Verbindungen mit der ArbeiterInnenbewegung/den Gewerkschaften sind gekappt. Die inhaltliche Positionierung steht „rechts von der Mitte“, die Mitgliedschaft ist geschrumpft und hat sich gleichzeitig in weiten Teilen völlig verändert: Es sind Parteien, die von Menschen aus den Mittelschichten getragen werden. Die Sozialdemokratien sind zu „Allerweltsparteien“ verkommen, also Wahlvereine wie andere auch; ohne Ortsgruppen, breite StammwählerInnenenschaft etc. Wie eine Flamme im Wind können solche Parteien gewinnen und ebenso schnell – wie nun – dramatisch verlieren.

**Kurswechsel?**

Das „rote“ Europa hat verloren, weil es nicht rot ist. Das gute Abschneiden der französischen SP (und Linksregierung) sticht hervor: Ist Frankreich also die zukünftige Alternative für die europäische Sozialdemokratie – nach dieser Schlappe? Bei näherer Betrachtung entpuppt sich die französische SP als – in jeder Hinsicht – genauso leer, wie ihre Schwesterorganisationen. Die teilweise etwas anderen Akzente ihrer Politik resultieren aus dem massiven Druck von links (bzw. „von unten“), dem die „Linksregierung“ vom ersten Tag ihres Antretens ausgesetzt war. Und ihr Wahlsieg hängt nicht zuletzt mit der völligen Zersplitterung der Rechtsopposition zusammen. Schröder hat die Botschaft des EU-Wahlabends ohnehin anders verstanden: Er werde jetzt noch forciert den Kurs der „Neuen Mitte“ in der Regierung und der Partei durchsetzen!

## SOV Sommercamp

**„10 Jahre danach“ – Erstes internationales Ost-West-Camp**

**Zwischen dem 8. und 14. August veranstalten die russische, tschechische und österreichische Sektion des Komitee für ein ArbeiterInnenInternationale ein Sommerlager in der tschechischen Bergarbeiterstadt Kladno (in der Nähe von Prag)**

**Themenswerpunkte:**

- Historische und aktuelle Berichte aus der GUS/Tschechien und Österreich
- Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus heute
- Internationaler Kampf für Frauenrechte
- Entwicklung gemeinsamer Kampagnen

**Impressum:**  
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion:  
Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV),  
1070 Wien, Kaiserstr. 14/1.  
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23  
Herstellung- und Verlagsort: Wien

**Kosten: ca. € 2.349,- (inkl. An- und Abreise, Unterkunft, Verpflegung)**

## EU-Wahl/Österreich

# Schlappe für alle?

**49 % Wahlbeteiligung... Die Partei der NichtwählerInnen ist somit erstmals in der Geschichte Österreichs zur größten Partei geworden. Die Gründe dafür sind auf der einen Seite darin zu suchen, daß für viele das EU-Parlament nicht oder kaum relevant ist. Auf der anderen Seite ist das Nichtwählen aber sicher auch Ausdruck von Unmut und Unzufriedenheit mit der EU-Politik und der Tatsache, daß viele der Qual der Wahl erlegen sind.**

von Katja Arthofer  
SOV Wien-Mitte

Ironie der Geschichte: Offensichtlich wurde durch die Nato-Bombardements Jugoslawiens ein weiterer Rechtsruck auf der Wahlebene in Österreich verhindert: Noch Ende April zeichnete sich ein deutlicher Wahlerfolg der FPÖ ab. Doch dann kam der Nato-Krieg in Europa und SPÖ und Grüne konnten mit dem Thema Neutralität punkten. Jene, die die Militäraktion guthießen, wählten statt den Schmiedl (FPÖ) gleich den Schmied, was auch der ÖVP zu leichten Zugewinnen verhalf.

**Die Grünen**

Die Wahlsieger dieser EU-Wahl sind die Grünen. Sie schafften es als einzige, sich als „Alternative“ zu präsentieren. Voggenhuber war der glaubwürdigste „Neutrale“ und wurde zum einzigen Wahlkampfschlagere der Grünen. „Treppenwitz“ hierbei ist, daß durch den Mandatsgewinn Mercedes Echerer nach Brüssel kommt. Sie war während des „Wahlkampfes“ zu keiner klaren Aussage zum Thema Neutralität bereit und wurde ursprünglich als Signal für LIF – WählerInnen aufgestellt.

**KPÖ – linker Protest?**

Die KPÖ hat es im Vorfeld der Wahl verabsäumt, ein breites linkes Bündnis zu schaffen. Ihre im Wahl-

kampf nach außen getragenen Positionen unterschieden sich nur graduell von Voggenhuber & Co. Und auch H.P. Martin (SPÖ) sagte dem Turbokapitalismus den Kampf an und gab sich als „glühender Anhänger der Neutralität“. Der KPÖ gelang



Protest aus dem Bauch heraus...

es nicht, eine neue Dynamik von links auszulösen: Sie hat in absoluten Zahlen minimal dazu gewonnen (+ 716 Stimmen), punktuell sogar gute Ergebnisse erzielt – gemessen am allgemeinen EU-Frust, der Massenarbeitslosigkeit in Europa und der von Skandalen durchrüttelten Kommission hat sie das Potential auf der Linken aber sicher nicht ausgeschöpft.

Was haben KP und LiF gemeinsam? Eine professionelle „millionenschwere“ Wahlkampagne (Werbespots!) kann Inhalte und AktivistInnen nicht ersetzen...

**Wie weiter?**

SPÖ und ÖVP haben zwar beide „gewonnen“ – doch steht das gesamte politische System auf schwachen Beinen als je zuvor. Auch das zunehmende Zerwürfnis der beiden Koalitionspartner wird sich bis zur Nationalratswahl weiter ziehen. Die

## NAP = NEPP

# Ich und der NAP...

**Im Rahmen des NAP (Nationaler Aktionsplan) schickt die Regierung 40.000 Arbeitslose in Kurse. Es geht um Job-Coaching. Auch ich werde „gecoacht“.**

**um die Notstandshilfe nicht zu verlieren: anonym**

Zu Beginn des Kurses wollten wir TeilnehmerInnen wissen, was in den nächsten sechs Wochen auf uns zukommt. Die Antwort wird verweigert: „Seien Sie nicht so verkrampft.“ Als ich mich beschwerte und verlange, nicht wie ein Kind behandelt zu werden, erklärt mir ein Trainer: „Wenn Sie sich wie ein Kind behandelt fühlen, sprechen Sie darüber mit Ihrem Psychiater.“

In den kommenden Tagen führen uns unsere Trainer, bisher Managementtrainer, in die simpelsten Basiskenntnisse von Rhetorik und Kommunikation ein. Für die TeilnehmerInnen nichts Neues. Im wesentlichen geht es darum, daß wir lernen sollen, uns bei Bewerbungsgesprächen besser zu verkaufen. Das geht an der Grundproblematik –

nämlich, daß es zuwenig Arbeitsplätze gibt – völlig vorbei. Hauptsache



Widerstand statt Coaching

che, wir sind motiviert, denn so lernen wir: „Was soll denn Selbstverantwortung im Unternehmen anderes heißen, wenn nicht Verantwortung für die eigene Motivation.“ Das wichtigste sei, daß wir „wollen“.

Die Quintessenz des Ganzen ist: Nur wer sich gut verkaufen kann, findet auch einen Job. Was angesichts der Tatsache, daß auf jede offene Stelle ca. zehn Arbeitslose kommen, an der Realität vorbei geht. Und letztlich dazu führen wird, daß all jene, die trotz des Kurses keinen Job finden, endgültig als „Versager“ abgestempelt werden.

Aber bis das der Fall ist, sind die Wahlen schon vorbei. Denn ein kleines Rechenbeispiel zeigt, worum es unter anderem auch geht. Die Kurse begannen Anfang Mai und dauern insgesamt 6 Monate – also bis Oktober (rein zufällig finden auch die Nationalratswahlen im Oktober statt). Wer im Kurs ist, fällt aus der Statistik – in diesen sechs Monaten ständig ca. 8000 Menschen – das senkt die Arbeitslosenrate.

Aber wir sind ja „freiwillig“ hier, erklärt uns unser Trainer zu Beginn des Kurses. Freiwillig? Wer nicht kommt, dem wird Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe gestrichen...



Euromarsch in Köln

## Nein zu Arbeitslosigkeit und NATO

30.000 Menschen aus ganz Europa sind an diesem heißen 29. Mai nach Köln gekommen, um gemeinsam gegen den Gipfel der EU-Regierungschefs, Arbeitslosigkeit und den NATO-Krieg auf dem Balkan zu demonstrieren.

Franz Breier  
SOV Wien-Nord

Aus Österreich waren rund 60 Jugendliche, Erwerbslose und Beruf-

SOV und JRE. Kaum angekommen waren wir auch schon von der großartigen Stimmung mitgerissen. Es war eine Manifestation nicht nur für ein anderes Europa, sondern vor allem auch gegen den Krieg der NATO in Jugoslawien.

mit den sozialen Angriffen auf die Rechte von Erwerbstätigen und Arbeitslosen. Internationale Solidarität und Einigkeit gegen die Euro-Politik und der Kampf um ein Europa der ArbeitnehmerInnen waren in großen Teilen der Demo die Hauptlogans.

Aber trotzdem verlief die Demonstration ohne größere Ausschreitungen. Die kämpferische Stimmung blieb erhalten.

ÖGB & Co.  
Nicht anwesend!

Nach der großen europaweiten Demonstration gegen Erwerbslosigkeit in Amsterdam vor rund zwei Jahren haben viele gemeint, daß „Euromarsch“ eine Eintagsfliege sei. Nun sind zwei Jahre vergangen und es fanden eine Vielzahl von durch Euromarsch organisierten kleineren Protesten statt. Auch Wien war in diesem Reigen Schauplatz eines „Gegengipfels“ und einer Demonstration im Dezember letzten Jahres.

Gegen Neoliberalismus und NATO-Intervention

Der neuerliche Höhepunkt aber war die Demonstration in Köln am 29. Mai dieses Jahres. Wieder wurde aus ganz Europa mobilisiert, wobei einige Anreisezeiten von mehr als 24 Stunden in Kauf nahmen, und wieder war es ein großartiges Ereignis.



Euromarsch-Demonstration in Köln

stättige gemeinsam per Bus und Bahn angereist – unter ihnen auch Mitglieder und SympathisantInnen von

Die Demonstration verband das Thema des Krieges in Europa, den auch die EU gegen den Balkan führt,

Permanente  
Polizeiprovokationen:

Am gewaltigen Polizeiaufgebot (es waren rund 4.000 Polizisten im Einsatz) zeigte sich auch gleich die Einstellung der neuen deutschen „Rot-Grün“-Regierung zu Themen wie Demonstrationsrecht, Widerstand gegen Rechts usw. Dies wurde vor allem auch deswegen sichtbar, weil die Polizei anscheinend angewiesen wurde, eine Eskalation herbeizuführen. Anders sind die permanenten Provokationen der Polizei gegenüber den DemonstrationsteilnehmerInnen nicht zu erklären.

Bezeichnend war wieder einmal die völlige Abwesenheit der traditionellen Gewerkschaftsverbände, wie dem deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), ÖGB und natürlich dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB). Spelte vor zwei Jahren noch die GPA-Jugend das Feigenblatt für den ÖGB, indem sie sich an der Demonstration in Amsterdam beteiligte, fehlten sie dieses Mal in trauter Eintracht mit dem ÖGB. So tun die Gewerkschaftsführungen nichts zur Unterstützung dieser Initiativen von unten, sondern ignorieren damit den wachsenden Widerstand gegen den Neoliberalismus.



ÖGB/UG: Stellungnahme der SOV

## Breite linke Opposition nötig

Mit dieser Stellungnahme erklärt die Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV), warum für sie eine weitere Arbeit im Rahmen der UG-GPA nicht mehr möglich und sinnvoll ist. Es ist dies ein Dokument über einen laufenden innergewerkschaftlichen Diskussionsprozeß, dessen Ausgang offen bleibt. Ziel der SOV ist weiterhin eine überfraktionelle Zusammenarbeit aller linken gewerkschaftlichen Kräfte.

ÖGB und GPA sind offiziell überparteiliche Organisationen – intern sind beide in politische Fraktionen geteilt. Die Stärke einer Fraktion richtet sich dabei in der Regel danach, wie viele Betriebsräte sich zu ihr bekennen. Stärkste Fraktion ist die SPÖ-Fraktion – die FSG. Sie beherrscht den ÖGB und bis auf die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst auch alle Einzelgewerkschaften.

Dominanz der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter

Gerade aufgrund dieser Dominanz ist es nicht unwichtig, zu welcher Fraktion sich kämpferische GewerkschafterInnen bekennen. Mitglieder der SOV haben sich bis jetzt zur Fraktion „Unabhängiger Gewerkschafter für mehr Demokratie“ (UG) bekannt und in dieser mitgearbeitet. Am Anfang des UG-Projekts stand die Idee einer Gewerkschaftsfraktion, die an keine Partei gebunden ist, die fortschrittliche Grundsätze vertritt, und in der GewerkschafterInnen mit unterschiedlichen politischen Ansichten gemeinsam für einen demokratischeren und kämpferischeren ÖGB arbeiten können.

Alternative anbieten

Es ist wichtig, jenen Menschen, die vom offiziellen ÖGB enttäuscht

sind, eine Alternative anzubieten. Eine solche Alternative muß eine eigene kämpferische Gewerkschaftspolitik darstellen.

Gegen die ÖGB-Führung

Es geht darum, gegenüber der ÖGB-Führung möglichst stark auf-

aufzeigen. Eine kämpferische Gewerkschaftsbewegung sollte ein Teil bestehender Bewegungen sein und die Anliegen dieser Bewegung innerhalb der Gewerkschaft vertreten.

Die derzeitige Politik des ÖGB liegt nicht etwa in der Unfähigkeit der Spitzenfunktionäre, sondern vor allem an der totalen Orientierung auf die „Sozialpartnerschaft“, und die Treue zur SPÖ/ÖVP-Regierung. Das bedeutet, alles „mitgestalten“ zu wollen, und sei das Ergebnis auch noch so schlecht. Frei nach dem Motto: „Lieber mit der Regierung über ein Sparpaket verhandeln, als es durch die Mobilisierung der Mitglie-



Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB

zutreten und zu den wichtigsten Themen Stellung zu beziehen. Die Möglichkeiten, die der ÖGB bietet, müssen dabei optimal für jedeN einzelneN genutzt werden. Dort, wo der ÖGB versagt; beim Kampf gegen Rassismus, Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Privatisierung usw., sollte eine kämpferische Gewerkschaftsbewegung eigene Politikformen wie Kampagnen und Protestaktionen entwickeln und für jene Menschen, die kämpfen wollen, eine Alternative

der zu Fall zu bringen.“ Die Regierung läßt die Gewerkschaft aber nur „mitverhandeln“, wenn sie sich zu den grundsätzlichen Zielen eines Sparpakets auch bekennt, also mit der Regierung für das „Sparen“ – sprich Sozialabbau – eintritt. Die Gewerkschaftsführung hat daher große Angst vor Kämpfen und Bewegungen, daß diese die „gute“ Gesprächsbasis zu den Unternehmern und zur Regierung gefährden.

ÖGB – kämpferische  
Alternative notwendig

Diese Tatsachen machen den Aufbau einer kämpferischen Opposition im ÖGB und auch der Arbeiterkammer erst recht notwendig. Wie soll nun aber so eine Opposition aussehen? Im Wesentlichen muß sie im Gegensatz zur ÖGB-Bürokratie ein vitales Interesse an gewerkschaftlichen Kämpfen haben. Das heißt, dort, wo der ÖGB versagt, aufzuzeigen und zu versuchen, eigenständig aktiv zu sein. Aktionen können eine wichtige Beispielwirkung haben, um den Leuten zu sagen: „Wenn wir als kleiner Haufen so eine Aktion schaffen, wozu wäre dann der ÖGB in der Lage, wenn er seine Möglichkeiten einmal ausnützt“.

Um als kleine Oppositionsgruppe wie die UG effektiv zu sein, müßte eine permanente Koordination der Arbeit erfolgen – dazu gehören auch politische Schwerpunkte, wie z.B. Arbeitszeitverkürzung.

UG: Beitrag zur Entstehung einer Gewerkschaftsopposition?

Die SOV ist an den Aufbau der UG nie „blauäugig“ herangegangen. Uns war klar, daß man/frau die Umsetzung eines Programms, wie wir es oben beschrieben haben, nicht so einfach verlangen kann, und daß die unterschiedlichen politischen Ziele der Menschen, die in der UG arbeiten, berücksichtigt werden müssen. Wir haben uns aktiv am Aufbau der UG beteiligt, und glaubten, daß die UG ein wichtiger Beitrag zur Entstehung einer kämpferischen Gewerkschaftsopposition sein könnte. Die

UG ist in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und der GPA aktiv. Die SOV versucht derzeit, vor allem in der GPA Oppositionsarbeit zu leisten. Dort ist aber die offizielle UG-Fraktion, die der „Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen“-AUGE. Aber genau durch diesen Anspruch, als „Alternative und Grüne GewerkschafterInnen“ die offizielle UG-Fraktion in der GPA zu bilden, versucht man/frau erst gar nicht für Menschen, die sich weder als „grün“ noch als „alternativ“ sehen, einen Attraktionspol zu bilden. Und auch der Wille zu bzw. die Umsetzung einer koordinierten Arbeit ist kaum vorhanden.

So arbeiten die unterschiedlichen Bereiche, wie Betriebsrätstätigkeit, Arbeiterkammer-Arbeit, UG-Arbeit und Publikationen mehr neben- als miteinander. Der letzte Ausdruck für diese Entwicklung ist der Beschluß des aktuellen Statuts der AUG, indem sie sich teilweise noch als Gesamt-ÖGB-Fraktion definiert. Damit ist die Ernsthaftigkeit der AUG am Aufbau der UG für uns weiter in Frage gestellt worden.

Die SOV hat sich am Entstehen und am Aufbau der UG von Beginn an beteiligt. Wir sehen uns aber aufgrund der momentanen Entwicklung in der GPA und der de facto Unmöglichkeit, das „Monopol“ der AUG zu brechen, nicht mehr in der Lage, unsere Beteiligung in der UG-GPA aufrechtzuerhalten. Da wir leider derzeit nur in der GPA aktive Gewerkschaftsarbeit leisten, bedeutet ein Rückzug aus der UG-GPA auch ein Rückzug aus der UG.

SOV-Bundesvorstand



Afrika

# Warum Menschen flüchte

*Es gibt eine Asienkrise, eine Rußlandkrise, die Krise in Lateinamerika – Afrika fehlt bei derartigen Betrachtungen: Afrika ist permanent in der Krise. Hungerkatastrophen, Diktaturen, Bürgerkriege, Völkermord, etc. stehen in Afrika auf der Tagesordnung. Aber „Wer kümmert sich darum, wenn Afrika über die Kante des globalen Marktplatzes gefallen ist? Mit dem Ende des Kalten Krieges hat es seine strategische Bedeutung verloren...Es ist zu arm, um von Bedeutung zu sein.“ (Wall Street Journal)*

von Barbara Fröschl  
und Sonja Grusch

Am Anfang war  
der Kolonialismus

Auf keinem Kontinent ist die wirtschaftliche und soziale Situation so schlimm wie in Afrika. Die Fakten lesen sich wie die Statistik des Grauens: das durchschnittliche pro-Kopf Jahreseinkommen liegt bei 500 Dollar (in den reichen Industrieländern bei durchschnittlich fast 26.000 Dollar). Umgekehrt liegen nur zwei Prozent des verfügbaren Vermögens von Privatinvestoren in diesem Kontinent (in Lateinamerika sind es 8 mal soviel). Nur die Hälfte der Bevölkerung hat Zugang zu einer grundlegenden Gesundheitsversorgung und weniger als die Hälfte der Kinder hat die Volksschule beendet. 80 Millionen der 6 – 14 Jährigen müssen arbeiten. Die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf beträgt 147 pro 1000.

Die heutige Lage am afrikanischen Kontinent hat ihre Wurzeln im Kolonialismus und der daraus resultierenden Abhängigkeit. Die Menschen wurden versklavt, der Kontinent auf der Berliner Konferenz 1884 aufgeteilt, die reichen Ressourcen ausgebeutet. Auch nach der formalen Unabhängigkeit – sie wurde zumeist erst in den 60er oft blutig erkämpft – blieben die Staaten durch die Dominanz des Imperialismus über die Weltwirtschaft unter seiner Kontrolle.

Durch die v.a. seit den 70er Jahren explodierende Verschuldung der ehemaligen Kolonien gegenüber den ehemaligen Kolonialherren bleibt die Abhängigkeit dieser Länder bestehen, auch wenn die Unterdrückung nicht mehr über „Kolonial-

politik“ und direkte militärische Besetzung (außer in „Ausnahmefällen“) betrieben wird. Von den 32 Ländern mit niedrigem Einkommen, die offiziell als hochverschuldet eingestuft werden, liegen 25 in Afrika südlich der Sahara. Die ausstehenden Schulden dieser Länder betragen 140 Milliarden Dollar, das entspricht drei Vierteln ihres Jahreseinkommens. Sie geben mehr als viermal so viel für den Schuldendienst aus, wie für die Gesundheit.

Vertreter der reichen Länder weinen immer wieder Krokodilstränen, angesichts des Elends in Afrika, an ihrer Kreditpolitik (zahle ein Vielfaches dessen zurück, was du dir ausborgst hast) ändert das aber nichts. Ein Großteil der Gelder, die als „Entwicklungshilfe“ nach Afrika kommen, fließen in Schuldrückzahlungen. Afrika ist ein „Nettokapitalexporteur“ – d.h. daß mehr Geld aus dem Kontinent hinausfließt (über Zinsen oder in der Praxis eher Zinsseszinsen) als hineinkommt. SozialistInnen hingegen fordern eine sofortige Streichung dieser Schulden!

Teure Hilfe

Die diversen „Hilfsprogramme“

von IWF und Weltbank (wo die reichen Staaten das Sagen haben!) helfen nur den ausländischen Unternehmern, bessere Bedingungen zu schaffen, billig an die Rohstoffe zu gelangen und ihre Produkte in Afrika



Hunger ist kein Schicksal

zu verkaufen. Denn deren Kredite sind stets an politische Zugeständnisse gekoppelt, verbessert haben sie die soziale Situation höchstens in Ausnahmefällen. Guyana z.B. führt

seit 12 Jahren unter IWF-Kontrolle Sparprogramme durch – in dieser Zeit wurden 1,7 Milliarden Dollar von Guyana bezahlt, ohne allerdings einen einzigen Cent der Schulden abgetragen zu haben. Dafür leben nun aber 45 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Auch die Welthandelsorganisation WTO wird dafür eingesetzt, um Afrika noch besser ausbluten zu können. Auf alle Länder Afrikas wird erbarmungslos Druck ausgeübt, Staatsindustrien zu zerschlagen, Schutzmaßnahmen abzubauen und die Märkte zu öffnen – Abkommen wie jenes von Lomé werden de facto aufgelöst. Im Klartext heißt das: völlige Importfreiheiten für die imperialistischen Staaten in Afrika, gleichzeitig aber Importbarrieren für Afrika in diese Staaten. Schuldennachlaß wird erst in Aussicht gestellt, wenn die Verschuldung mehr als 250% der Exporterlöse ausmachen. Wenn Clinton meint, daß „der Handel die Hilfe ersetzen soll“, ist das angesichts solcher Zustände purer Zynismus.

Afrika im Ost-West-Konflikt

Im Zuge der Unabhängigkeit in den 50er und 60er Jahren orientierten

Eine kurze Geschichte über das Leben und das Sterben

## Von Menschen und von Rindern

*Österreich ist ein Rechtsstaat. Österreich ist eine Demokratie. Sein Recht geht von der Kronenzeitung aus. Österreich schiebt zwar Menschen gefesselt und geknebelt in den Tod, protestiert wird aber gegen qualvolle Tiertransporte.*

von Harald Mahrer,  
SOV Wien-West

Jeder 120. Mensch ist auf der Flucht – vor Umweltkatastrophen, Kriegen, Verfolgung, Folter und Mord, vor Hunger und Armut; 45 Millionen insgesamt, 27 Millionen verlassen dabei ihr Land, rund 5 bis 10.000 kommen davon jährlich an Österreichs Grenzen. Sie sind erschöpft, von Schleppern ausgenommen, haben all ihr kärgliches Hab und Gut verloren, aber sie haben es geschafft, der Hölle zu entinnen, denken sie.

Asylrecht ist totes Recht ...

...leider im wahrsten Sinne des Wortes. Das Österreichische Asylrecht hat im Gleichklang mit den anderen europäischen Staaten Hürden eingeführt, die es de facto unmöglich machen, den Asylstatus gewährt zu bekommen. Kombiniert mit dem unfassbaren Zynismus der Asylverweigerungsbehörden werden die Wehrlosen auch des letzten Restes ihrer Würde beraubt.

**Hürde 1:** Im Gesetz steht zwar nicht, daß einE AsylsuchendeR gültige Dokumente braucht, reist man mit gefälschten, macht man sich unglaubwürdig. Wer einmal lügt (in Bezug auf die Identität) lügt immer

(auch bei den Fluchtgründen. Woher ein Mensch, der der Verfolgung ausgesetzt ist, gültige Dokumente haben soll, bleibt der Phantasie der AsylverweigerungsbeamtInnen überlassen.

**Hürde 2:** Österreich ist von „sicheren Drittstaaten“ umgeben, d.h., daß wer in Österreich Asyl will, mit dem Flugzeug ohne Zwischenlandung anreisen muß. Der Gesetzgeber stellt sich vor, Flüchtlinge gehen einfach ins Reisebüro und buchen einen Urlaub. Diese Bedingung führt dazu, daß AsylwerberInnen oft ihre Fluchtroute verschleiern, um Zwischenstopps in vermeintlicher Sicherheit zu verschweigen. Wird diese Notlüge aufgedeckt, gilt wieder Wer einmal lügt, lügt immer (siehe oben).

**Hürde 3:** Asylsuchende müssen beweisen, daß sie persönlich der Verfolgung ausgesetzt waren, etwa durch ein rechtsgültiges Todesurteil, einen Haftbefehl wegen politischer Delikte, die in Österreich nicht strafbar wären. Der Gesetzgeber stellt sich offenbar vor, Verfolgerstaaten würden solche Dokumente freundlicherweise vorab postalisch zustellen.

**Extrahürde:** Asylverweigerung an der Grenze wegen offensichtlich unbegründetem Begehrt. Kommt ein Mensch an einen Grenzposten und wird nicht wegen der Drittstaaten-

klausel abgelehnt, muß er/sie in einem Formular die Fluchtgründe ausfüllen. Sollte dieser Mensch des Lesens und Schreibens mächtig sein und das Glück haben, daß ein solches Formular in einer ihm/ihr verständlichen Sprache aufliegt und der betreffende Beamte das Formular wirklich nach Wien faxt, muß er/sie 72 Stunden auf die Antwort warten – im Niemandsland. Meist werden diese Anträge als offensichtlich unbegründet sofort abgewiesen. Was offensichtlich unbegründet ist: z.B. Wenn KurdInnen angeben, in der Türkei verfolgt zu werden, ist dies unglaublich und offensichtlich unbegründet. Bis vor kurzem galt dies auch für KosovarlInnen.

Schubhaft und Abschiebung

92% aller gestellten Anträge werden abgelehnt, in der Regel wurden die Betroffenen schon in Schubhaft genommen bevor das Verfahren abgeschlossen war, ist das Verfahren vorüber, geht alles sehr schnell: Stellt nicht ein Anwalt sofort einen Antrag auf aufschiebende Wirkung eines Einspruches, wird abgeschoben, egal ob das Verfahren in der nächsten Instanz noch anhängig ist oder nicht. 1998 wurden 17.000 Menschen deportiert, 3.000 davon in Flugzeugen.

Rassistische Maschinerie

Im Fall Marcus Omofuma wurde klar, wie die rassistische Maschine-



Alltag für Asylsuchende in Österreich

rie funktioniert. Ein Mensch kommt nach Österreich, wird sofort in Haft genommen – ohne Verbrechen begangen zu haben. Er wird abgeschoben, obwohl der Instanzenweg noch nicht zur Gänze beschritten wurde. Er wird gefesselt und geknebelt, wie ein Stück Vieh, das zu bockig ist. Er geht elendig zugrunde.

FPÖ, Kronenzeitung und Innenministerium starten zwei Kampagnen: 1. Schwarze sind Drogendealer, DemonstrantInnen für Menschenrechte sind Idioten, die nur den Drogendealern helfen.

2. Der Innenminister wird vor jeglicher Kritik abgeschirmt, es wird von ihm sogar ein härteres Vorgehen gegen „schwarze Drogendealer“ gefordert. Er reagiert und setzt die größte

Drogenrazzia der zweiten Republik an, welche zufällig einen nigerianischen Drogenring aushebt.

Den Menschen werden Würde, Gesicht und Stimme genommen – sie werden zur Nummer, zum Abschaum, den man loswerden muß. Wenn dabei einer krepirt: Betriebsunfall, den man in Kauf nehmen muß bei der Rettung der Heimat.

Protestiert wird gegen Tiertransporte und Massentierhaltung – auch von Daniela Raschhofer (FPÖ, Format vom 7/6/99). Und die Kronenzeitung berichtet gesellschaftlich engagiert.

Dieser Barbarei müssen wir uns entschlossen entgegenstellen, gemeinsam und international, denn wer ist der/die nächste: die Linken, die Homosexuellen, die Arbeitslosen,....



# en...

sich eine Reihe von Staaten an der Sowjetunion. Die bloße Existenz einer Konkurrenzmacht zum westlichen Imperialismus ermöglichte eine gewisse Entwicklung Richtung nationaler Befreiung. Tatsächlich nutzte die Sowjetunion aber vor allem ihren Einfluß, um Bewegungen zu bremsen und die Abschaffung des Kapitalismus zu verhindern. 1982 z.B. in Ghana lautete der „Rat“ der Berater aus Moskau an das neue Regime, die Wirtschaft nicht zu verstaatlichen und beim Westen um Hilfe anzusuchen. Trotzdem stellten die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten eine reale Alternative zum Horror des afrikanischen Kapitalismus dar, sozialistische Ideen und Kämpfe der ArbeiterInnen und der armen Bauern standen auf der Tagesordnung: der Kapitalismus wurde in einigen Staaten des südlichen Afrikas gestürzt. Das Ende der stalinistischen Staaten 1989/90 führten aber dazu, daß die Opposition sich um die Frage der „Demokratie“ und nicht des „Sozialismus“ formierte.

## Im Süden nichts Neues...

Die „Demokratisierung“ Anfang der 90er Jahre hat die soziale Situation der Menschen nicht verbessert. Afrika blieb das wirtschaftliche Stiefkind, Investitionen blieben aus, die Rohstoffpreise sanken. Südafrika – Musterland der „sanften Transformation“ bietet ein gutes Beispiel: Das Ende der Apartheid („Rassentrennung“), die Wahl Mandelas und des ANC sahen viele als Beginn einer neuen Epoche. Doch es zeigte (und zeigt) sich, daß die sozialen Mißstände sich nicht verändert ha-



„Power to the people“, die einzige Lösung – nicht nur für Afrika

ben. Obwohl die politische Apartheid beseitigt wurde, besteht die soziale weiter...

Heute liegt die Arbeitslosigkeit bei offiziell 30 %, das Aufbauprogramm des ANC kann als gescheitert betrachtet werden, das pro-Kopf-Einkommen fällt. Daß der ANC bei den jüngsten Wahlen trotzdem nur knapp die zwei Drittel Mehrheit verfehlte, ist nicht auf die „Erfolge“ des ANC zurückzuführen, sondern darauf, daß die schwarzen Massen um jeden Preis eine Rückkehr der weißen Rechten verhindern wollten. Inner-

halb der Gewerkschaftsbewegung zunehmend Widerstand gegen die ANC-Politik.

Der ANC, in dem die südafrikanische KP eine zentrale Rolle spielt und der ursprünglich sozialistische Elemente in seinem Programm hatte, stimmte der neuen Verfassung, die die Eigentumsrechte wahren soll, zu,



Nigerianische Polizisten prügeln auf Demonstranten ein

und beeilte sich den ausländischen Investoren die guten Investitionsmöglichkeiten in Südafrika anzubieten. Die Herausbildung einer schwarzen, nationalen Bourgeoisie wird als Lösung verkauft – aber am Beispiel Südafrika zeigt sich, daß der Kapitalismus, ob unter einem „weißen“ oder „schwarzen“ Präsidenten, keine Lösung für die Probleme der afrikanischen Bevölkerung bieten kann.

Tatsache ist, daß die Bourgeoisie in Afrika nicht in der Lage ist, eine eigenständige, kapitalistische Entwicklung zu vollziehen. Eine Bodenreform, die Lösung der nationalen Frage und demokratische Rechte konnten und können von der afrikanischen Bourgeoisie nicht vollzogen werden. Vor allem durch das Ansteigen der öffentlichen Verschuldung (von 1985 auf 1995 von 90 auf über 200 Milliarden Dollar) ist sie vom Imperialismus abhängiger als je zuvor. In den 90er Jahren wurde die Bourgeoisie in den ehemaligen Kolonien praktisch zum Transmissionsriemen zwischen der Bevölkerung der jeweiligen Staaten und den Programmen und der Ideologie des Imperialismus.

## Krieg in Afrika

Der Imperialismus ist in diesen Kontinent eingedrungen, hat sie geplündert, Einflußsphären und Staaten geschaffen, deren Grenzen vollkommen willkürlich gezogen und die von ihren (ehemaligen) Kolonialherren abhängig sind.

Dies hat eine Erbschaft hinterlassen, gleichsam eine Zeitbombe für künftige Stammes- und ethnische Konflikte, die in den letzten Jahren mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage auf dem ganzen Kontinent explodiert ist. Millionen Menschen in Angola, Ruanda, Burundi, Uganda, im Sudan, Eritrea und Äthiopien leben im permanenten Kriegszustand. Rund eine Million Menschen starb beim Völker-

mord in Ruanda. (Für die Serbien bombardierende NATO aber kein Grund zum Eingreifen.) Im Norden Afrikas tickt in Form des islamischen Fundamentalismus, der als Folge der sozialen Not erstarkt, eine weitere Zeitbombe. Selbst in Staaten, die in der Vergangenheit eine relativ eigenständige Entwicklung ge-

nommen haben bzw. in denen die Linke relativ stark war wie z.B. Ägypten oder Algerien treibt der Fundamentalismus in Schleier und Frauenbeschneidung seine übelsten Blüten.

## Wenn sie nur fleißig sind...

Die afrikanischen Massen sind trotz des Reichtums des Kontinents arm. Nicht weil sie unfähig, oder faul sind, sondern weil sie systematisch in Abhängigkeit gehalten wurden und Teil des weltweiten Systems des Kapitalismus sind. Das wirtschaftliche Erbe des Kolonialismus drückt sich im „Hungerkontinent“ bis heute in Monokulturen für den Export und verödeten Landstrichen aus. Der Kapitalismus ist aber weltweit in der Krise, was zur Folge hat, daß sich die Umstände für „Randzonen“ wie Afrika noch verschlechtern. Auf einer kapitalistischen Grundlage würde die Zukunft Afrikas, gerade in der Zeit einer weltweiten ökonomischen Krise, eine sein, die von noch weiter fallendem Lebensstandard, Diktaturen und ethnischen Konflikten gekennzeichnet sein würde.

## Was ist die Alternative?

Eine Gesellschaft, die an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist und nicht an den Profiten, ist gerade in Afrika dringend nötig. Produzieren nicht für den Export und das Schuldenrückzahlen, sondern für den Aufbau einer menschenwürdigen Existenz. Afrika ist ein Kontinent, der blutige Konflikte wie in Ruanda und Hungerkatastrophen wie in Äthiopien ebenso erlebt hat, wie den Aufstand der Jugend in Soweto und die Befreiungskämpfe in Nordafrika in. An die Traditionen des Widerstandes gilt es anzuknüpfen um die lange Geschichte der Mißstände zu beenden.

## Nigeria

### Freiheit für Lanre!

Als vor nicht allzu langer Zeit das Todesurteil gegen Ken Saro Wiwa vollstreckt wurde, konnte man sehen, wie in Nigeria mit der politischen Opposition umgegangen wird. Jetzt droht einem weiteren Oppositionellen, Lanre Arogundade, der Tod.

von Synes Elischka,  
SOV Wien-Mitte

Die Präsidentschaftswahlen in Nigeria wurden nach 16 Jahren Militärdiktatur von den Medien als wichtiger Schritt Richtung Demokratie gesehen. Diese Wahlen waren jedoch von Korruption und der Kontrolle durch Präsident Abubakar überschattet. Beispielsweise durften parteilose KandidatInnen nicht zur Wahl antreten. Für General Olusegun Obasanjo kein Problem: Er verwendete 30 Millionen Dollar, um die Unterstützung der PDP (Peoples Democratic Party) zu erkaufen und antreten zu können. Im Endeffekt traten dann zwei ganz und gar nicht dem Regime feindliche Kandidaten zur Wahl an – Olu Falae und General Olusegun Obasanjo, beides Freunde bzw. Handlanger des Ex-Diktators Babangida. Letzterer gewann, von Demokratie ist das Land nach wie vor weit entfernt.

## Soziales Desaster in Nigeria

Diktatur und Korruption sind nicht die einzigen Probleme Nigerias: In den letzten zwei Jahren sind die Einnahmen durch die Erdölförderung und damit auch die Rohstoffpreise um 40 % gefallen, außerdem ist das BIP um 10 % gesunken. Daraus folgt die wachsende Armut des Volkes: das Pro-Kopf-Einkommen ist in nur 20 Jahren um 75 % gefallen und 60 % der Bevölkerung leben in Armut.

## Kampf gegen das System

Unter diesen Umständen kämpft Lanre Arogundade, Mitglied der DSM (Democratic Socialist Movement – Nigerianische Schwesterorganisation der SOV) seit Jahren für die Rechte der ArbeiterInnen, der StudentInnen und sozial Schwachen. Lanre und die DSM sind dem Regime schon lange ein Dorn im Auge – wegen der Aktivitäten in der StudentInnenbewegung und in den Gewerkschaften, z.B. mit der „Campaign for Independent Unionism“ (Kampagne für unabhängige Gewerkschaften). Seit Jahren werden immer wieder AktivistInnen der DSM vom Regime verfolgt und teilweise auch verhaftet. Erst vor kurzem wurde Ayodele Akele, der im Herbst 1998 einen Massenstreik für die Erhöhung der Mindestlöhne anführte, auf Druck des Regimes entlassen.

Den jüngsten Angriff gegen die DSM stellt die Verhaftung und Anklage gegen Lanre Arogundade, dem Vorsitzenden der JournalistInnengewerkschaft von Lagos, dar. Ihm wird vorgeworfen, die ehemalige Schatzmeisterin der JournalistInnengewerkschaft, Bolade Fasasi, ermordet zu haben. Mit dieser Anschuldigung wurde Lanre Arogundade am 25. April konfrontiert, als vier Untersuchungsbeamte und ein Polizist voll bewaffnet um 7 Uhr Früh seine Wohnung stürmten und

damit begannen, sie nach Waffen und anderem Belastungsmaterial zu durchsuchen. Dazu Lanre: „In den nächsten Stunden wurde meine Wohnung durchsucht. Schließlich fanden die Untersuchungsbeamten kein Gewehr oder irgendeine andere Waffe in meiner Wohnung. Sie gaben auch zu, daß es nichts Belastendes in meiner Wohnung gab. ...Nach der Durchsuchung wurde ich zuerst zu den Polizeistationen Alokuko und Denton in Lagos mitgenommen...Wir kamen etwa um 20.30 in Iyaganku an und ich wurde sofort in eine Zelle gesperrt. Ich verbrachte die Nacht in Zelle A.“

In der JournalistInnengewerkschaft gibt es zwei Flügel – jenen, der für demokratische Rechte eintritt, die Mehrheit ausmacht und zu dem auch Lanre gehört und einen regierungstreuen, von dem in der Vergangenheit bereits Drohungen gegen Lanre ausgegangen sind.

Die Anschuldigungen sind offen-



Lanre Arogundade

sichtlich konstruiert und dienen dazu, den geschätzten und oppositionellen Vorsitzenden der Gewerkschaft Lanre Arogundade zu beseitigen. Jetzt schwebt Lanre Arogundade in höchster Gefahr, wie Ken Saro Wiwa, zum Tode verurteilt zu werden. Jetzt heißt es handeln. Bereits unmittelbar nach der Verhaftung rollte eine internationale Solidaritätskampagne an. Der erste Erfolg ist, daß Lanre auf Kautions freigelassen wurde. Aber immer noch ist er in großer Gefahr, durch das Regime ermordet zu werden. Hilfe ist notwendig, Unterstützung gibt es in Österreich bereits, u.a. von der Vorsitzenden der JournalistInnengewerkschaft, Astrid Zimmermann, und dem Vorsitzenden der GPA, Hans Sallmutter, sowie den Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen.

## Protestnoten bitte an:

Nigerianische Botschaft  
3; Rennweg 25  
Fax: 01-714 14 02

Kopien an: SOV, Kaiserstr.14/11  
Fax: 01-524 63 11)

Außerdem wird gebeten Spenden auf das folgende Konto zu überweisen: PSK 8812.733



Informationsgesellschaft



## Zwischen Traum und Wirklichkeit

Internet, Multimedia, Informationsgesellschaft – kaum noch ein/e JournalistIn, die/der was auf sich hält, kommt heutzutage ohne diese Vokabel aus. Wir leben eben in einer „Informationsgesellschaft“, sind alle „vernetzt“ oder werden es zumindest bald sein.

von Florian Seidl,  
SOV Wien-Nord

Selbst in etwas seriöseren Publikationen wird seitensweise über das Wesen der neuen Gesellschaft geschrieben, werden deren neue Qualitäten diskutiert, werden Zukunftsperspektiven konstruiert und kritisiert – ohne je das eigentlich Neue an der Gesellschaft zu definieren. Vieles in dieser Hinsicht ist zur Glaubensfrage geworden – und dementsprechend nicht allzu ernstzunehmen. Aber es hat sich etwas verändert. Die Frage ist nur:

### Was ist das Neue?

In der allgemeinen Debatte um die „Informationsgesellschaft“ wird schon die Nutzung und Verbreitung von Information oft genug als DAS eigentlich Neue der 90er gefeiert. Das ist naheliegenderweise völlig absurd. Information und deren Nutzung ist wohl unabhängig für jede kulturelle Entwicklung – in der Steinzeit genauso wie heute.

Das ökonomische Argument schlechthin für das Neue, das eben die Informationsgesellschaft ausmachen soll, ist die These von der Vermarktung von Information als Ware. In einer Schätzung wird der Wirtschaftszweig, der sich in den USA mit der Produktion und Verbreitung von Information beschäftigt, auf über 60% geschätzt – wir alle leben also eigentlich von Information. In diese Zahlen ist dann aber auch jede Verbreitung von Information eingerechnet – von der Buchdruckerei bis zum Lehrberuf, von der Softwareindustrie bis zur Telekommunikation, das wenigste davon ist mit technischer Innovation verbunden. Es gibt sicher neue Industrien in diesem Bereich, aber „die“ neue Qualität daran leuchtet nicht wirklich ein. Es wird mit der Informatisierung sicher

immer mehr Geld für Information als Ware ausgegeben. Die Frage ist allerdings, wieso.

Die eigentliche Veränderung, die stattgefunden hat, ist die Automatisierung von Informationsverarbeitung. Die hat natürlich nicht erst heute begonnen – aber erst mit der automatischen Datenverarbeitung wird Informationsverarbeitung im industriellen Maßstab möglich. Dieser qualitative Sprung ist vielleicht am ehesten mit der Automatisierung in anderen Bereichen vergleichbar. Die Maschine, die Software über-



Datenhighway für alle?

nimmt die Regie, der Mensch wird zum Bediener, zum Zuarbeiter. Was für IndustriearbeiterInnen schon lange gilt, gilt dann auch für den Buchhalter; mit allen Konsequenzen. Qualifizierte Arbeit wird zur Fließbandarbeit, entfremdet total. Vormalige typische Angestelltenjobs werden mit Aushilfskräften bestückt.

Natürlich schafft Automatisierung nicht nur neue Möglichkeiten und mehr Effizienz – so wie Maschinen müssen auch Computer, muß auch Software, muß auch Netzwerkinfrastruktur gebaut werden. Im Zentrum der Computerindustrie, im Silicon Valley in Nordkalifornien, ähnlich wie einst in Sheffield, Pittsburgh oder Detroit, herrscht spätestens seit dem Siegeszug des Mikroprozessors Goldgräberstimmung. Das Wachstum scheint unbegrenzt,

ebenso die Möglichkeiten. Um diese Perspektive aufrechtzuerhalten, müssen immer neue Ziele proklamiert werden. Daß man in manchen Bereichen schon jetzt auf Grenzen stößt, ist naheliegend – Firmen investieren nur, wo sie Effizienzsteigerung durch Automatisierung erwarten, und auch Private haben keinen unendlichen Bedarf.

„Neue Werkzeuge zur Steigerung der Effizienz von Administration – und damit natürlich auch zur Vereinfachung von Überwachung. Neue Industrien, neue Jobs – auf Kosten von alten.“ – Eine Vertiefung des Gegensatzes zwischen den reichen, und somit technisierten Ländern und dem Großteil der Welt. Eine Spaltung der Gesellschaft – in die, die mit und von der Informatisierung leben, und die, die sie auf der Strecke läßt. Eine Festigung geschlechtsspezifischer Rollen. Das Entstehen neuer Medien.“ – Und und. Alles Veränderungen, die durch den Einsatz der neuen Technologie angestoßen und verstärkt werden.

### Böse Technik?

Technik kann – wie oben argumentiert – die Gesellschaft verändern, wenn sie existiert und dementsprechend eingesetzt wird. Im Endeffekt bringt es aber nichts, nur die Technologie an sich zu hinterfragen. Entscheidend ist vor allem die Rolle, die Technologie spielt. Die Frage wozu sie eingesetzt wird. Natürlich führt auch diese Frage oft zur Kritik an der Technologie an sich zurück – schließlich ist diese ja auch zu einem bestimmten Zweck konstruiert worden (im Falle der Computertechnologie für den Krieg). Nur: Jammern über die „böse“ Technik, die uns alle versklavt und überwacht, bringt nichts, genauso wenig wie die Hoffnung auf eine „bessere“ Technologie. Was fehlt, ist der Kampf um unsere Rolle in dem Prozeß, um einen würdigen Platz – einen Platz jenseits von Automatisierung, Überwachung und Effizienz.

## Buchbesprechung



## Mutige Defensive

„Die Armut des Habens – wider den feigen Rückzug vor dem Neoliberalismus“ Unter diesem kämpferisch klingenden Titel haben die beiden Herausgeber des Buches, Erwin Weissel, Ökonom und Aktivist der Bewegung Rotes Wien, und Josef Schmees, Mitarbeiter der Arbeiterkammer, eine Reihe von AutorInnen versammelt.

David Mum  
und Martin Birkner

Kurt W. Rothschild bringt die „neue Phase des Kapitalismus“ auf den Punkt: „das Paradox, daß wir (...) um ein Vielfaches produktiver und reicher sind als in den 'goldenen' Sechzigerjahren und trotzdem

che Antworten, gemeinsam ist ihnen jedoch, daß sie sich in ihren Alternativkonzepten (sofern vorhanden) kaum über minimale Reformansätze hinaus bewegen.

Klaus Friele etwa gibt sich ganz postmodern. Er bietet die soziale Grundsicherung als Lösung an. Der Autor führt die Einwände dagegen selbst an: Kapitulation vor der Massenarbeitslosigkeit und ärmliche Mindestsicherung. Trotz hält er dem entgegen: Die Krise der Erwerbsarbeitsgesellschaft ist eine Chance zur Befreiung der Arbeit.

Wer das verstehen will, muß zuerst wissen: „Revolutionen sind unmöglich geworden. Die Klasse ist verschwunden. Die Konflikte gehen quer durch die Subjekte.“ Diese Analyse bringt uns offenbar nicht weiter, sondern in die Resignation.

Am anderen Rand des Spektrums der Beiträge steht der von Sepp Wall-Strasser, der den ÖGB von links kritisiert und anhand der Kampagne des ÖGB-Oberösterreich „Kapitalismus pur – uns reicht“ zeigt, wie man die sozialpartnerschaftliche Gewerkschaft durch Kampagnen wieder politisieren, die Basis motivieren und internationale Solidarität und Gewerkschaftskontakte herstellen kann.

Der Gesamteindruck des Buches hinterläßt gemischte Gefühle: Einerseits zeigt sich, daß es doch noch „Intellektuelle“ gibt, die sich dem neoliberalen Zeitgeist widersetzen, andererseits jedoch sind die Beiträge weitgehend vom Entwickeln einer gesamtgesellschaftlichen Gegenperspektive noch einen guten Schritt entfernt; dies sollte sich jedoch in kommenden Auseinandersetzungen ändern. Denn die „mutige Defensive“ ist zu wenig.

Promedia-Verlag um € 218,-.



Interessante Neuerscheinung

mit mehr ökonomischen und sozialen Problemen konfrontiert sind als damals, daß bei ständig steigendem Vermögen auf der einen Seite Armut und Arbeitslosigkeit auf der anderen zunimmt, daß soziale Erwerbsgesellschaften, die in den weit ärmlichen Zwanzigerjahren erkämpft wurden, zunehmend in Frage gestellt werden. (...)“

Es stellt sich die Frage nach den Lösungen. Gibt es ein Zurück zur „guten keynesianischen“ Wirtschaftspolitik – also einem (vermeintlich) gezügelten Kapitalismus mit Vollbeschäftigung? Muß die ArbeiterInnenbewegung wieder kämpferischer gegen das Kapital vorgehen oder muß der Sozialstaat umgebaut werden? Die AutorInnen geben zwar äußerst unterschiedli-

### Die SOV Ortsgruppen und andere Veranstaltungen, bei denen Du uns treffen kannst:

In unseren Ortsgruppen diskutieren

GEWERKSCHAFTS-

Im Juli und August auch heuer wieder die

#### Jetzt aktiv werden!

Die Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) ist eine sozialistische Organisation von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen. Wir sind aktiv gegen Sozialabbau und die rechte Scheinopposition der FPÖ. Die SOV tritt für den Aufbau einer neuen sozialistischen ArbeiterInnenpartei und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung ein – für Sozialismus! Die SOV ist gemeinsam mit Organisationen in über 30 Ländern im Komitee für eine ArbeiterInneninternationale organisiert.

Die SOV interessiert mich, ich möchte:  
☐ zu Veranstaltungen eingeladen werden  
☐ Mitglied der SOV werden

#### VORWÄRTS abonnieren!

- sozialistisch
- antifaschistisch
- international

Jeden Monat neu:

Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!

Ja, Vorwärts interessiert mich, ich möchte:

- ☐ ein Normal-Abo (10 Nr. € 200,-)
- ☐ ein Sozial-Abo (10 Nr. € 100,-)
- ☐ Gewerkschaftszeitung „Die Einheit“ (Jahresabo 4 Nummern € 100,-)
- ☐ ...Stk Vorwärts zum Weiterverkaufen (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)



ckfrage  
o“;  
Mariahilfer Str.

TISCH  
woch im Monat,  
rg“; 19 Uhr

CH-WELS  
4 Uhr  
ktion erfragen

ssismus in Europa  
19 Uhr  
te Dürergasse

um Wien Mitte  
im 19 Uhr  
„, Stiflgasse 8

## Termine

- 7.7. Anders Reisen
- 14.7. Die Türkei: Krieg gegen die KurdInnen
- 21.7. Die Sozialdemokratie – Sozial? Demokratisch?
- Anders Reisen
- Yugoslawien: Von den multiethnischen Partisanen zum nationalistischen Chaos
- 28.7. Die Linke in Europa
- 4.8. Anders Reisen
- Italien: Historischer Streifzug durch die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung
- 11.8. Frauen als Subjekt der Politik – Theorie & Praxis
- 18.8. Anders Reisen
- Spanien: Vor 60 Jahren das Ende des Spanischen Bürgerkrieges
- 25.8. Osteuropa – 10 Jahre danach
- 1.9. Was bleibt von den Grünen, wenn sich die Linke spaltet?





**Neues  
aus dem  
CWI**

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI) – Committee for a Workers' International (CWI), das in über 30 Ländern vertreten ist.

#### Britannien

#### Wahlerfolg für Socialist Party

Ian Page war Bezirksrat der Labour Party – und nicht bereit, ihre Kürzungspolitik mitzutragen. Er wurde schon vor Jahren ausgeschlossen. Ian ist nach wie vor gegen Privatisierung aktiv und kämpft gemeinsam mit den Öffentlich Bediensteten gegen längere Dienstzeiten. Bei Nachwahlen in seinem Bezirk Pepys, Lewisham, wurde Ian jetzt als Kandidat der Socialist Party (Schwesterpartei der SOV). Und lag mit 40% der Stimmen vor jenen, die ihn ausschlossen hatten ...

#### Indien/ Pakistan

#### Krieg dem Krieg

Seit 1947 ist Kaschmir ein ständiger Krisenherd zwischen Indien und Pakistan. Von beiden besetzt und von beiden beansprucht hat der Krieg im letzten Jahrzehnt zumindest 70.000 Menschen das Leben gekostet.

Auch die jüngsten Kampfhandlungen finden auf dem Rücken der Bevölkerung in Kaschmir, Indien und Pakistan statt. Fast 400 Millionen Menschen leben in diesen Ländern in absoluter Armut, während allein zwischen 1990 und 1996 70 Milliarden Dollar für Waffen ausgegeben wurden. Beide Regimes nutzen den Kaschmir-Konflikt, um den Nationalismus zu schüren und Unterstützung für ihre jeweiligen wirtschaftlichen Ziele zu erhalten.

Die GenossInnen des CWI in Indien und in Pakistan treten gegen diesen Krieg auf und unterstützen die National Awami Party in Kaschmir in ihrem Kampf für die Unabhängigkeit Kaschmirs.

#### Türkei

#### Staatsterror

Die Türkische Armee hat tausende kurdische Dörfer zerstört, und hunderte tausende KurdInnen vertrieben, zehntausende ermordet. 9000 politische Gefangene sitzen in den Gefängnissen der Türkei. Anders als in Jugoslawien interessiert die NATO die jahrzehntelange Verletzung von Menschenrechten und die Verfolgung des kurdischen Volkes im türkischen Teil Kurdistans aber nicht. Entsprechend ignoriert wird auch der „Prozeß“ gegen PKK-Chef Abdullah Öcalan. Der Prozeß ist eine Farce, die Anwälte werden behindert und bedroht, das Urteil „schuldig“ stand schon vor Prozeßbeginn fest. Der Westen beschränkt sich darauf, ein „faïres Verfahren“ zu fordern. Ohne jede Konsequenz ... Die SOV fordert: Freiheit für Öcalan und alle politischen Gefangenen!

#### EU-Wahl/Teil 2

## Die Linke in Europa

*Das Komitee für eine ArbeiterInneninternationale (KAI/CWI) – trat in vier Bereichen an (in Irland und Britannien als Socialist Party, in Schottland im Rahmen der Scottish Socialist Party, in Schweden unter dem Namen Sozialistische Gerechtigkeitspartei). Das gemeinsame Motto: „Nein zum Europa des Kapitals! Kämpft für ein Sozialistisches Europa!“. Zweck der Kandidatur war es, an den Kämpfen in Europa anzuschließen. Forderungen des CWI: ein durchschnittlicher FacharbeiterInnenlohn für alle Abgeordneten und Funktionäre; einer radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich, mit dem Ziel die Bildung neuer sozialistischer ArbeiterInnenparteien voran zu treiben.*

von Pablo Hörtnner,  
SOV Wien-Mitte

In Irland wurde unser Wahlmanifest an 800.000 Haushalte ausgesandt. Der eigentliche Wahlkampf fand auf der Straße und in den Betrieben statt. Auf diese Weise wurde unser Genosse Joe Higgins vor vier Jahren als erster sozialistischer Abgeordneter ins irische Parlament gewählt und so führten wir auch den Wahlkampf zu den Regionalwahlen, die parallel zu den EU-Wahlen stattfanden.

Und das galt auch für England, wo wir am Donnerstag, den 10. Juni, in einem kleinen Londoner Bezirk mit 40% stimmenstärkste Partei vor Labour, Grünen, Tories und Liberalen wurden und für Schottland, wo wir einen Abgeordneten zur ersten schottischen Versammlung stellten.

Der größten Erfolg bei den EU-Wahlen erzielten wir aber in Ir-

land, wo unser Kandidat in Dublin mit fast 11.000 Stimmen (von 280.000) an siebenter Stelle aller Kandidaten in der irischen Hauptstadt lag.

#### CWI-Kandidaturen

Dort, wo keine Möglichkeit für uns bestand, eigenständig zu kandidieren, beteiligten wir uns an unabhängigen ArbeiterInnenlisten wie der wallonischen Liste D'Orazios in Belgien (0,6%) oder riefen zur Wahl von linken Bündnissen auf, wie der gemeinsamen Liste von LO-LCR in Frankreich bzw. zur Wahl der Organisationen der „euro-linken Parteienallianz“ wie z.B. der Vereinigten Linken (IU) in Spanien, der RC in Italien, der PDS in Deutschland sowie der KPÖ in Österreich.

Insgesamt erlitten die „KP-Lin-ken“ kein Desaster wie New La-



CWI - aktiver Widerstand

bour und Co, sondern stabilisierten sich bei 35 Mandaten (zuvor: 34).

#### Linkes Bündnis LO/LCR in Frankreich: Riesenerfolg!

Als herausragend ist das Ergebnis des Wahlbündnisses der beiden aus „trotzkistischer“ Tradition kommenden Organisationen LO und LCR in Frankreich zu bewerten.

Das Bündnis kandidierte zwar nicht auf Grundlage eines revolutionären Programms – wie man eigentlich vermuten könnte – knüpfte

aber am linken Teil, vor allem der französischen Erwerbslosen und MigrantInnenbewegung, an. Die Beteiligung der KPF an der Regierung Jospin (und damit auch am NATO-Krieg) hatte es dem Bündnis ermöglicht, sich als glaubwürdige linke Alternative zu präsentieren.

Mit 5,18 % ziehen nun 5 Abgeordnete, die für die radikale Linke stehen, ins EU-Parlament ein, nur zwei weniger als von der KPF. Europa polarisiert sich, radikale linke Positionen sind aktueller denn je.

#### Indonesien

## Mega for Präsident?

*Am 7. Juni wurde erstmals seit 4 Jahrzehnten in Indonesien gewählt. Vor einem Jahr mußte Langzeitdiktator Suharto nach Massenprotesten zurücktreten, seither regiert sein politischer Ziehsohn Habibie als Präsident. Die Erwartungen sind nun groß...*

von Anna Schneider  
vom Komitee für eine  
ArbeiterInneninternationale

Die über 130 Millionen Wahlberechtigten konnten zwischen 48 Parteien wählen – bei Redaktionsschluß lag noch kein Endergebnis vor.

#### Demokratische Wahlen?

Auch im neugewählten Parlament werden noch 38 der 500 Abgeordneten vom Militär eingesetzt, „dafür“ besitzen die Soldaten kein Wahlrecht. Parteien wurden geschmiert, KritikerInnen der Wahlkampf erschwert – Demonstrationen müssen seit neuesten vom Militär genehmigt werden! Sicher ist, daß die PDI unter Megawati Sukarnoputri stärkste Partei wird. Nach Jahrzehnten der Diktatur, nach der katastrophalen Wirtschaftskrise, die 1998 begann und nach den Unruhen im letzten Jahr sind die Erwartungen nun groß.

#### Was will Megawati?

Megawati ist vor allem eines – die Hoffnung von Millionen Menschen mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen. Als Tochter des ersten Präsidenten, Sukarno, verfügt sie über enormen Reichtum und ist Teil des

Establishments. Dennoch hat ihre Partei PDI vor allem unter den extrem armen Menschen in den Städten ihre Basis und ihre begeistertsten AnhängerInnen. Wie auch alle Parteien, die im neuen Parlament vertreten sein werden, steht sie für Marktwirtschaft und für die Politik des Internationalen Währungsfonds (des verlängerten Arms der Interessen von Multinationalen Konzernen und imperialistischen Staaten). Dies ist auch ganz im Sinn der Parteiführung, die sich aus Vertretern der Wirtschaft und, seit ihr Wahlsieg abzusehen war, zunehmend auch aus (Ex-)Militärs zusammensetzt. Die Wirtschaft erhofft sich mehr Stabilität, gerade wegen Megawatis hoher Popularität in der Bevölkerung. Obwohl sie als die zentrale Figur der bisherigen Opposition auftritt, hat sie sich während der Massenbewegungen im Frühjahr 1998 sehr im Hintergrund gehalten. Sie trat erst, als Suhartos Ende offensichtlich war, öffentlich auf – und auch dann als Bremserin der Bewegung.

#### Nichts gelöst

Auch wenn diese Wahlen eine neue Periode einleiten, so sind doch die wesentlichen sozialen Forderungen

der Massenbewegung des letzten Jahres nicht erfüllt. Schätzungsweise zwei Drittel aller IndonesierInnen werden mit Jahresende unter der Armutsgrenze leben, die Arbeitslosigkeit steigt nach wie vor, GewerkschafterInnen müssen unter schwierigsten Bedingungen arbeiten. Die zukünftige Regierung vertritt die Interessen der wohlhabenden Schicht und des ausländischen Kapitals und nicht der Millionen armen IndonesierInnen. Sie wird sich voraussichtlich aus Megawatis PDI und den Parteien der zwei bekanntesten Moslemischen Führer – Abdurrahman Wahid alias Gus Dur von der PKB und Amien Rais von der PAN – zusammensetzen. Die Jugend, die einen großen Teil der Bevölkerung stellt und in den Bewegungen im letzten Jahr die zentrale Kraft war, waren zu einem Gutteil von dieser Wahl ausgeschlossen – ihre Wünsche und Hoffnungen werden wohl nicht erfüllt werden.

#### Wahlkampf als Propaganda

Als einzige linke Kraft kandidierte die PRD. Sie nutzte den Wahlkampf, um ihre Forderungen nach wirklicher Demokratie zu verbreiten und aufzuzeigen, daß der Kampf außerhalb des Parlaments von zentraler Bedeutung ist. Ihr Schwerpunkt liegt beim Kampf gegen den politischen Einfluß der Streitkräfte ABRI. Ein wichtiger Punkt, aber die Forderungen nach Vergesellschaft-



Megawati Sukarnoputri – Wahlsiegerin ohne Programm

tung der großen Konglomerate und nach einer echten Demokratie der ArbeiterInnen und der kleinen Bauern, werden nicht gestellt.

Indonesien wird auch nach diesen Wahlen nicht zur Ruhe kommen. Die soziale Situation ist und bleibt explosiv, die Unabhängigkeitsbestrebungen in Osttimor, Aceh und Irian Jaya nach wie vor nicht erfüllt und die Rolle des Militärs nicht geklärt. Suhartos Geld bleibt unangetastet – davon geschätzte 9 Milliarden Dollar in Österreich. Die Präsidentschaftswahlen finden Ende 1999 statt – gewählt wird nicht vom Volk, sondern von der „Beratenden Volksversammlung“. Spätestens dann sind die nächsten Unruhen zu erwarten.



# FPÖ: Eine Niederlage ist zuwenig

## Bre geh!

Die Freiheitlichen verloren am 13. Juni 4 % gegenüber 1995. Nicht nur das: Auch in Kärnten sind sie meilenweit von den historischen 42 % der Landtagswahl entfernt, 34,3 % bedeuten dort ein Minus von 2,9 % gegenüber 1995. Eine Ohrfeige für die Freiheitlichen? – sicherlich. Aber solange die Regierung im Amt ist und ihre AusländerInnen- und Sozialpolitik weiter betreibt, kann die FPÖ weiter wachsen. „Einfache Alternativen“ gibt es nicht – außer selbst links aktiv zu werden.

von Philipp Fleischmann  
SOV Wien-Mitte

Am Anfang des Wahlkampfes sah das noch ganz anders aus. Die FPÖ versuchte, den Erfolg aus Kärnten in diese Wahl mitzubringen und setzte auf soziale Themen: Mietensenkung, Stompreissenkung, Kinderbetreuungsscheck. Der Krieg im Kosovo machte ihr einen Strich durch die Rechnung – und führte zu einer typischen FPÖ-Reaktion: Die Parteilinie änderte sich flugs, aus einem klaren „Ja“ zum Nato-Beitritt wurde die Forderung nach einer Volksabstimmung. Doch diesmal ging die „Wende“ nicht schnell genug – wie vor Jahren in der Frage des EU-Beitritts, als die FPÖ ihre jahrzehntelange „Pro-EU-Haltung“ über Nacht aufgab.

Der zweite Grund für den Wahlausgang ist sicherlich die niedrige Wahlbeteiligung – klassisches FPÖ-ProtestwählerInnenpotential ging aus EU-Protest nicht zur Wahl. Darum wäre allzugußer Jubel wohl verfrüht.

Die Ambitionen der FPÖ auf „große Sprünge“ sind wohl jetzt eher verstummt – „Das gestrige Wahlergebnis deutet auf ein neues Rot-

Schwarz nach dem 3. Oktober hin“ sagte Jörg Haider am 14.

### Ooops!



Was sagen Sie zum Wahlausgang?

Juni – die logische Schlussfolgerung ist klar: Die FPÖ will sich wieder als Opposition stark machen. Wir dürfen gespannt sein, wie die „Wähler-Rückholaktion“ aussehen wird. Prinzipiell stehen zwei Konzepte zur Auswahl: Die staatstragende Funktion des Kärntner Landeshauptmanns in den Vordergrund stellen und so-

ziale Themen besetzen – freilich mit großen Sprüchen und neoliberalen Konzepten (siehe Flat-Tax). Oder die „klassische“ rechtsextreme Oppositionsschiene fahren und „schönungslos“ Abschiebungen fordern (Standard 29./30. 5.). Einiges deutet darauf hin, daß die

Funktionärsschaft auf die zweite Linie drängt. Während Haider bei seiner Wahlbilanz das AusländerInnen-thema ignoriert, stellt Westenthaler die Abschiebungspolitik gleich neben den Kinderbetreuungsscheck und Hilmar Kabas (FPÖ-Wien) schaltet Inserate mit dem Text „Machtlos gegen 1000 Nigerianer – Handeln Sie endlich, Herr Minister Schlögl!“.

In jedem Fall wird die FPÖ eine dominante Rolle im Nationalratswahlkampf spielen – nicht zuletzt, weil Haider im Anschluß an das Europa-Wahlergebnis ankündigt, selbst „mit ganzem Geschäft“ in den Wahlkampf zu gehen. Die Regierungsparteien geben aber nicht nur für rechten Populismus ständig neue Nahrung. Auch das Potential auf der Linken wächst – wie Detailergebnisse der EU-Wahl zeigen. Daß es selbst der KPÖ im Alleingang gelingt – trotz eines „braven“ Wahlkampfes – in Wien 1,5 Prozent zu erhalten, zeigt, welche Ansätze in der Gesellschaft „verborgen“ liegen.

„Kampagne gegen Bregartner geht weiter. Bürgermeister contra SOV: Prozeß noch im Juni“ – berichtet die konservative Welscher Rundschau (23/99). Auch über die Entwicklung der SOV-Kampagne liest man im Leitblatt des Welscher Bürgermeisters neuerdings „Korrektes“: „Gegen Bregartner summieren sich die Rücktritts-forderungen. Auch von Genossen, wie dem SP-Parlamentarier Lackinger“.

Der Welscher Bürgermeister Bregartner (SPÖ) hatte – wie berichtet – den Antifaschisten und SOV-Aktivist Franz Breier jun. auf einen Gesamtstreitwert von fast 500.000 geklagt. Breier hatte Bregartner öffentlich im Zusammenhang mit den „Braunen Flecken“ in Wels kritisiert. Die Klage wurde mit einer breiten Gegenkampagne beantwortet. In Gesprächen mit führenden VertreterInnen der SPÖ geben diese sich zwar nicht gerade glücklich über die Politik des „Parteifreundes“ Bregartner. Öffentliche Kritik an der Klage gab es von der Parteispitze allerdings noch immer nicht. Dafür haben hunderte kleine und mittlere FunktionärInnen der SPÖ, grüne Abgeordnete, die Parteijugend, WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen, aktive Linke ... den Rücktritt Bregartners gefordert. Sowohl am Maiaufmarsch der SPÖ wie bei der EU-Wahlabschlußveranstaltung in Wien machten SOV-Mitglieder mit einem Transparent bei/auf der Bühne auf das Schweigen der SPÖ zur Causa

Bregartner/Breier aufmerksam. Am 21. Juni findet die erste Verhandlung statt – die SOV kämpft weiter darum, die Klage abzuwenden.



aus profil Nr. 7 1997. Foto: Graf

21.6. um 14 Uhr

Aktion vor der  
Parteizentrale der SPÖ  
Wien 1, Löwelstraße  
(hinter dem Burgtheater)

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn öS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbe-

- reich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechts-extremismus und den rassistischen

- Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechts-extrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitneh-

- merschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen.
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichbe-

- rechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem ka-

**Tel.: 01-524 63 10 – Fax: 01-524 63 11 – e-mail: sov@gmx.net**